

Nachhaltiges Regieren in der OECD

Sustainable Governance Indicators 2009



Impressum

Erhebungszeitraum und -turnus:

Der Untersuchungszeitraum dieser Ausgabe der zukünftig alle zwei Jahre erscheinenden Sustainable Governance Indicators erstreckt sich von 2005 bis 2007.

Verantwortlich:

Bertelsmann Stiftung,
Dr. Stefan Empter, Dr. Leonard Novy

© Bertelsmann Stiftung 2009

Redaktion:

Dr. Leonard Novy, Andrea Kuhn, Daniel Schraad-Tischler

Konzeption und Realisation:

Nessbach Agentur für Kommunikation, Köln

Bildnachweis:

Corbis, Düsseldorf,
Jim Rakete, Berlin
© OECD, Paris
Shutterstock, New York

Druck:

Druckerei Engelhardt, Neunkirchen

www.sgi-network.org

Vorwort

Der Winter 2008 hat uns die Intensität und das Ausmaß internationaler Verflechtungen deutlich vor Augen geführt. Die wachsende Geschwindigkeit und gegenseitige Verwobenheit von sozialen, ökonomischen und technologischen Entwicklungen stellen nationale Regierungen vor große Herausforderungen. Auf den ersten Blick scheinen diese Prozesse auf eine wachsende Kluft zwischen demokratischem Regieren, das nach wie vor stark an den Nationalstaat gebunden ist, und dem zunehmend grenzüberschreitenden und unvorhersehbaren Charakter globaler Probleme zu verweisen.

Die Feststellung einer hochgradig interdependenten und globalisierten Welt bedeutet jedoch nicht, dass nationale Regierungen heutzutage keinerlei Gestaltungsspielraum mehr besitzen. Im Gegenteil: Nationale Regierungen werden auch in absehbarer Zukunft die zentralen Akteure globalen Regierens bleiben. In diesem Zusammenhang stellen sich daher folgende entscheidende Fragen: Inwieweit sind Regierungen in der Lage, notwendige Reformen zu identifizieren und durchzuführen, um nachhaltige Politikergebnisse zu gewährleisten? Und weiterhin: Lässt sich die Reformfähigkeit eines Landes messen?

Mit unseren Sustainable Governance Indicators versuchen wir, für alle 30 OECD-Staaten eine Antwort auf diese Fragen zu geben. Die Sustainable Governance Indicators stellen dabei ein Messinstrument dar, das klar über rein ökonomische Indizes hinausgeht. Stattdessen haben wir einen Ansatz entwickelt, der es uns erlaubt, einige der wichtigsten Faktoren und Erfolgspraktiken nachhaltigen Regierens zu identifizieren. Mit diesen Erkenntnissen und praktischen Erfolgsbeispielen wollen wir politische Lernprozesse anstoßen und damit ein Stück dazu beitragen, die Globalisierung gerechter zu gestalten und zu einem für alle Mitglieder der Gesellschaft offenen Prozess werden zu lassen.



Gunter Thielen
Vorstandsvorsitzender
Bertelsmann Stiftung

„Wir alle wissen, dass es kein Standardrezept dafür gibt, wie der Wandel herbeizuführen ist. Aber es gibt einige einfache Faktoren, die erfolgreiche von weniger erfolgreichen Reformen unterscheiden.“

Der Prozess der Globalisierung fordert unser kollektives Talent und unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit heraus. Um wirksam und strategisch auf globale Herausforderungen wie das Funktionieren der Finanzmärkte, wachsende soziale Ungleichheiten, demographischen Wandel und Ressourcenknappheit zu antworten, müssen nationale Regierungen ihre Steuerungsfähigkeit beständig neu anpassen und verbessern.

Ich begrüße dieses neue Arbeitsfeld der Bertelsmann Stiftung, das einen Vergleich der Nachhaltigkeit von Demokratien und Marktwirtschaften sowie des politischen Managements nationaler Regierungen ermöglicht. Wir glauben, dass die Sustainable Governance Indicators zusammen mit weiteren künftigen Arbeiten den OECD-Staaten helfen werden, ihre jeweiligen Fähigkeiten in diesen Bereichen genau zu bestimmen und damit zum Erfolg struktureller Reformbemühungen beizutragen.

Ich bin sicher, dass der neue Ansatz der Sustainable Governance Indicators die Debatte über gutes Regieren beleben und Regierungen zu gegenseitigem Lernen und evidenzbasierter Politikgestaltung anregen wird. Indem sich die Sustainable Governance Indicators an ein breites Publikum aus Politik und Wissenschaft richten, bilden sie ein wertvolles Instrument, um öffentliche Diskussionen zu fördern und gesellschaftliche Unterstützung für Veränderungen zu generieren.



Angel Gurría
Generalsekretär
Organisation for Economic Co-operation
and Development (OECD)

Inhalt

3	Vorwort
4	Inhalt
5	Management Summary
01 Die Situation	
6	Der Stellenwert nationalen Regierens in Zeiten globaler Herausforderungen und multinationaler Verflechtungen
02 Die Herausforderung	
8	Die Bedeutung nationalen Regierens im Wandel – und für den Wandel
03 Der Ansatz	
10	Die Qualität von Regierungen im Vergleich
12	Die Sustainable Governance Indicators – Belastbare Aussagen zur Zukunftsfähigkeit der 30 Staaten der OECD
04 Das Ergebnis	
14	Auch im Zeitalter der Globalisierung: Nationales Regieren macht einen Unterschied
16	Lernen von den Besten – Welche Chancen eröffnen die SGI politischen Akteuren in der OECD?
18	Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick
19	Weiterführende Informationen

Management Summary

Zukunftsherausforderungen wie Globalisierung, demographischer Wandel, Klimawandel und neue Sicherheitsrisiken erfordern grenzüberschreitendes Denken und Handeln. Gleichzeitig sind Staaten jedoch mit ganz eigenen Problemen konfrontiert, für deren Lösung sie alleine zuständig sind. Insgesamt stellt sich die Frage nach wirkungsvollen Erfolgsrezepten. Welche Ziele soll nationales Regieren verfolgen? Welche Wege sollen dazu eingeschlagen werden? Darauf allgemeingültige Antworten zu geben, ist unmöglich.

Möglich ist jedoch die Antwort auf die Frage, ob eine Regierung über die erforderlichen strukturellen Voraussetzungen verfügt, um Veränderungsbedarf rechtzeitig zu erkennen und wirkungsvolle Maßnahmen zu entwickeln. Mit den Sustainable Governance Indicators (SGI) der Bertelsmann Stiftung wird nicht nur Reformbedarf erfasst, die SGI bieten auch klare Beurteilungskriterien für die Fähigkeit der 30 OECD-Staaten, auf diesen angemessen zu reagieren. Damit steht nun erstmals ein Maß zur Beurteilung von Zukunftsfähigkeit zur Verfügung – eine zusätzliche Dimension gegenüber bereits existierenden Indizes.

Die Sustainable Governance Indicators münden diesem Ansatz folgend in einen **Status Index** und einen **Management Index**. Im Status Index werden Demokratiequalität und Leistungsniveau abgebildet, der Management Index beurteilt im Wesentlichen die Strategiefähigkeit einer Regierung und die gesellschaftliche Teilhabe.

Beide Indizes der SGI basieren auf einer Vielzahl qualitätsgesicherter Einzelinformationen, die von mehr als 100 Experten weltweit erhoben wurden.

Alle Ergebnisse, die ihnen zugrunde liegenden Daten sowie das ausführliche Konzept der SGI sind auf der Website www.sgi-network.org uneingeschränkt zugänglich. Die SGI zeigen, dass die Staaten der OECD deutliche Unterschiede hinsichtlich ihres Status' und ihrer Reformfähigkeit aufweisen. Außerdem wird ein starker Zusammenhang zwischen dem Leistungsniveau eines Landes und seiner Fähigkeit, Reformen ins Werk zu setzen, erkennbar. Während Skandinavien und Neuseeland die SGI im OECD-weiten Vergleich unter beiden Gesichtspunkten anführen, gibt es auch Staaten, deren Fähigkeit zur Erneuerung hinter der dort großen Notwendigkeit für Reformen zurückbleibt.

In den SGI sind Erkenntnisse enthalten, die Anregungen für nachhaltiges Regieren geben können: Neben anderen Faktoren erscheinen Selbstbeobachtung und institutionelle Lernfähigkeit von Regierungen ebenso entscheidend wie der Grad und die Organisation der Teilhabe von politischen und gesellschaftlichen Akteuren außerhalb der Exekutive.

Kurz: Die Zukunftsfähigkeit eines Staates ist durch Regierungshandeln sehr wohl beeinflussbar.

Der Stellenwert nationalen Regierens in Zeiten globaler Herausforderungen und multinationaler Verflechtungen

Die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung, der demographische Wandel, neue Sicherheitsrisiken und schwindende Ressourcen sind Herausforderungen, die im nationalen Alleingang nicht mehr zu lösen sind. Diesen grenzüberschreitenden Themen stehen jedoch zahlreiche hausgemachte Probleme einzelner Staaten gegenüber, an deren Bewältigung vor Ort mit ganz verschiedenen Strategien gearbeitet wird – mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg.



Vier zentrale Zukunfts-herausforderungen

Wie zukunftsfähig sind die 30 entwickelten Industrienationen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)?

Auch wenn es auf diese Frage keine einfache und verbindliche Antwort gibt – soviel ist klar: Von herausragender Bedeutung ist die politische Gestaltung vier globaler Zukunftsthemen.

- Wie wird mit der **Globalisierung** und ihren ökonomischen und sozialen Folgen umgegangen?
- Mit welchen gesellschaftlichen Innovationen und Handlungsstrategien wird auf den **demographischen Wandel** reagiert?
- Welche Maßnahmen werden getroffen, um neuen **Sicherheitsrisiken** wie dem internationalen Terrorismus zu begegnen?
- Welche Antworten werden auf **Ressourcenknappheit** und wachsende **Umweltprobleme** gefunden?

Bedrohung internationaler Ordnung im nationalen Alleingang nicht zu lösen

Diesen gewaltigen Herausforderungen und drängenden Problemen, mit denen die OECD-Staaten konfrontiert sind, stehen sowohl national als auch international Rahmenbedingungen gegenüber, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert haben. Der Klimawandel, die Gefahr durch den internationalen Terrorismus oder die wachsende Wohlstandskluft zwischen Entwicklungs- und Industrieländern sind im nationalen Alleingang nicht zu bewältigen. Sie stellen eine ernsthafte Bedrohung der internationalen Ordnung dar und können nur im Rahmen internationaler Kooperation gelöst werden.

Hausgemachte Probleme als nationale Herausforderungen

Bei aller Globalisierung und gegenseitigen Verflechtung auf vielen Ebenen: Zahlreiche Industrienationen leiden an ganz individuellen sozialen und ökonomischen Problemen. Dazu gehören vor allem Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen, Defizite im Bildungswesen, Integrationsprobleme und der Umweltschutz. Vor diesem Hintergrund schwindet das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der politischen Institutionen und in die Strukturen der sozialen Marktwirtschaft – in der Folge kann daraus Unzufriedenheit mit der Demokratie entstehen. Diese „hausgemachten“ Probleme, die vorwiegend in die Zuständigkeit nationaler Politik fallen, stellen den Regierungen der OECD-Staaten eine Vielzahl schwieriger Aufgaben. Dementsprechend unterschiedlich – und unterschiedlich erfolgreich – sind die Konzepte und Strategien, mit denen die Politik vor Ort versucht, den notwendigen Wandel zu gestalten und zu steuern.

Die Bedeutung nationalen Regierens im Wandel – und für den Wandel

Globalisierung muss nationale Regierungen ihrer Gestaltungsfreiheit nicht berauben. Nationales Regieren macht einen Unterschied – welches aber sind wirkungsvolle Erfolgsrezepte?

Politik unter Zugzwang

Zu den wichtigsten Merkmalen der globalisierten Welt gehören die wachsende Geschwindigkeit und die größere Dynamik, mit der sich Veränderungen rund um den Globus vollziehen. Der Politik fällt es deshalb schwer, mit dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel Schritt zu halten. Gleichzeitig stellen wechselseitige Abhängigkeiten und Verflechtungen ihre Gestaltungshoheit immer weiter in Frage. Die erforderlichen politischen Anpassungen an die sich verändernden Situationen erfolgen häufig mit Verzögerung, sodass sie ihre Wirkung nicht oder nur unvollständig entfalten können. In der Folge zieht dieser anwachsende Gestaltungsrückstand schwindende Akzeptanz der Politik nach sich.

Wer setzt Reformen am wirkungsvollsten um?

Globalisierung bedeutet auch und vor allem die Vernetzung und Beschleunigung von Informationsflüssen und wachsende Mobilität. Die Staaten der OECD geraten so in einen Wettbewerb darüber, wer Reformen am wirkungsvollsten plant und in die Tat umsetzt. Als harter Prüfstand für die Staaten und ihre Regierungen belohnt dieser Wettbewerb einerseits die effektivsten Problemlösungen, macht aber andererseits Schwächen transparent und bestraft sie.

Beraubt Globalisierung nationale Regierungen ihrer Gestaltungsfreiheit?

Gelegentlich entsteht dabei das Missverständnis, dass die Globalisierung einen gleichmacherischen Effekt über alle Regionen und Themen hinweg habe und nationale Regierungen sogar ihrer individuellen Freiheit beraube, ganz eigene Lösungen zu entwickeln, die dem nationalen Verständnis von Wohlfahrt und Politik entsprechen. Das Gegenteil ist der Fall: Auch in Zeiten globaler Vernetzung ist nationales Regieren keineswegs irrelevant. Vielmehr geht es in den OECD-Staaten darum, Richtung und Reichweite, Tempo und Tiefe ihrer individuellen Reformorientierung dem sich verändernden Umfeld anzupassen.

Was bedeutet Wohlfahrt in einer globalisierten Welt?

Anders als Reformdebatten in vielen OECD-Staaten derzeit suggerieren, geht es bei der Fortentwicklung marktwirtschaftlicher Demokratien nicht nur um die Frage, wie sich moderne Wohlfahrtsstaaten finanzieren. Im Fokus steht die Substanz dessen, was Wohlfahrt in einer globalisierten Welt bedeutet: Wie gestalten wir Arbeit und Bildung in transnational verflochtenen Räumen? Wie gewährleisten wir die Zukunftsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme?

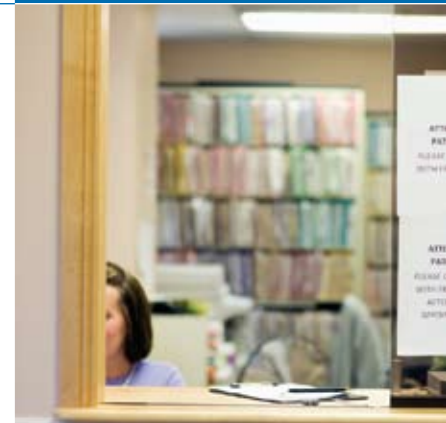
Nationales Regieren macht einen Unterschied.

Die Fähigkeit eines Staates, effektiv Reformen umzusetzen, hängt stark von den strukturellen Bedingungen seiner Regierung ab: Indem diese ihr Handeln kontinuierlich den sich verändernden Rahmenbedingungen anpasst, sichert sie die Bereitstellung öffentlicher Leistungen sowie den Erhalt rechtsstaatlicher Demokratie und sozial verantwortlicher Marktwirtschaft. Nationales Regieren macht also auch heute sehr wohl einen Unterschied.

Gibt es Erfolgsrezepte?

Diese zentrale These führt unweigerlich zu weiteren Fragen: Welche Merkmale bilden vielversprechende Anpassungs- und Reformfähigkeit ab? Lassen sich „good practices“ und „success stories“ identifizieren? Gibt es Erfolgsrezepte, die es den Regierungen der OECD-Staaten erlauben, voneinander zu lernen?

„Die Fähigkeit eines Staates, Reformbedarf zu erkennen und darauf zu reagieren, hängt von strukturellen Voraussetzungen ab, die durch Regierungshandeln beeinflussbar sind.“



Die Qualität von Regierungen im Vergleich



Wenn es um den Wandel geht, ist kaum ein Konsens darüber zu erzielen, was seine Ziele sein sollten. Noch schwieriger scheint es, sich auf den „einen richtigen Weg“ festzulegen. Was sich jedoch beurteilen lässt, ist die Frage, ob eine Regierung über die erforderlichen strukturellen Voraussetzungen verfügt, Reformbedarf rechtzeitig zu identifizieren und sachgerechte Antworten zu geben. Die Sustainable Governance Indicators der Bertelsmann Stiftung erlauben es nun erstmals, nicht nur den Reformbedarf präzise festzustellen – sie schaffen auch klare Kriterien für die Beurteilung von Reform- und Zukunftsfähigkeit.

Ziele und Wege von Reformen umstritten

Um die Frage zu beantworten, wie die Leistung einer Regierung zu messen und zu bewerten sei, müssen zunächst unzählige Entscheidungen hinsichtlich der Kriterien und ihrer jeweiligen Maßstäbe getroffen werden. Teils sind diese sehr eindeutig und naheliegend, meist jedoch sind sie es nicht. Während z. B. bei der Arbeitslosigkeit eine niedrigere Quote fraglos als besser angesehen wird als eine höhere, oder eine geringe Umweltbelastung eher wünschenswert ist als starke Verschmutzung, werden beispielsweise die Fragen nach einer angemessenen Staatsquote oder nach der Organisation des Gesundheitssystem durchaus kontrovers diskutiert. Und selbst wenn über die grundsätzlichen Ziele Einigkeit besteht, bleibt die Frage nach dem richtigen Weg umstritten und bildet den Gegenstand politischer Debatten.

Reformbedarf präzise feststellbar

Relativ leicht hingegen lässt sich ein Konsens über drängende Probleme herstellen: Die aus den vier zentralen Zukunftsherausforderungen resultierenden Aufgaben lassen sich in Einzelaspekte aufgliedern, für die zwar keine Ideallösungen, wohl aber aktuelle Defizite zu bestimmen sind. In der Summe lässt sich daraus der **Reformbedarf** eines Landes relativ präzise feststellen.

Erfolgsaussichten von Reformen schwierig zu beurteilen

Ob Reformen Erfolg versprechen, ist nicht einfach festzustellen, denn es zählen nicht allein die guten Absichten der Reformer: Externe Einflüsse sowohl nationaler als auch internationaler Art können alle Bemühungen konterkarieren oder zunichte machen. Jede Bewertung von inhaltlichen Reformen muss überdies diffus bleiben, da in modernen Demokratien eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichem Einfluss an der Entwicklung und Umsetzung von Reformen beteiligt ist. Der Erfolg einer Reform hängt letztlich vom Verhalten aller Beteiligten ab – unter denen die nationalen Regierungen jedoch eine herausragende Position einnehmen.

Klare Kriterien für Reformfähigkeit

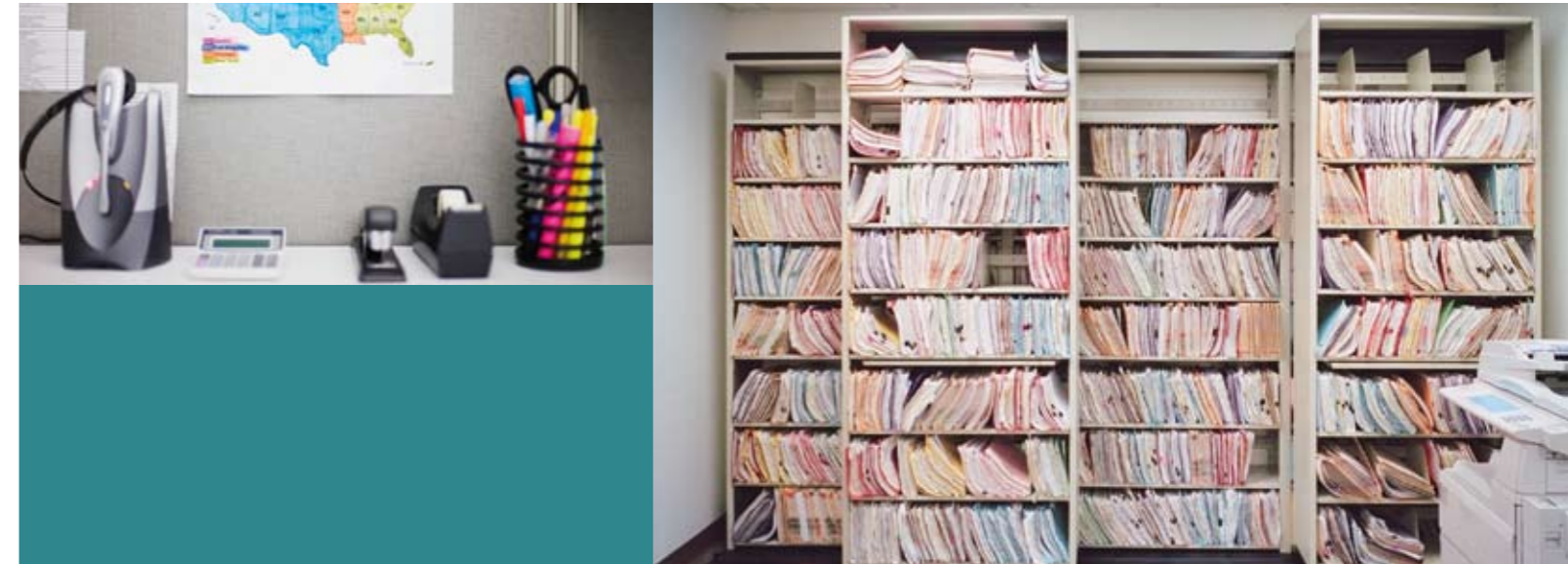
Selbst wenn Regierungshandeln unter dem Gesichtspunkt anstehender Reformen inhaltlich kaum bewertet werden kann, so lässt sich weitgehend unabhängig von ordnungspolitischen Präferenzen beurteilen, ob und inwieweit eine Regierung angekündigte Vorhaben auch umsetzt: Um effektiv zu arbeiten und ihren eigenen Ansprüchen hier gerecht zu werden, bedarf sie der entsprechenden Strukturen. Wie ist der Regierungsapparat organisatorisch aufgebaut? Wie reibungslos funktionieren die Abläufe innerhalb und zwischen den Ministerien? Ist das Verhältnis der Regierung zu anderen politischen Akteuren (Parlament, Parteien, Verbände) von konstruktiver Zusammenarbeit oder von Konflikten und Blockaden geprägt? Wie flexibel reagiert die Regierung auf sich verändernde Situationen? Die Antworten auf diese und weitere Fragen erlauben Rückschlüsse auf ihre **Reformfähigkeit**.

Sustainable Governance Indicators zur Beurteilung von Zukunftsfähigkeit

Vor diesem Hintergrund hat die Bertelsmann Stiftung mit den Sustainable Governance Indicators einen Werkzeugkasten entwickelt, dessen Instrumente es erlauben, die Staaten der OECD hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit miteinander zu vergleichen. Der Ansatz der Bertelsmann Stiftung basiert dabei auf der folgenden Hypothese: Je ausgeprägter die Reformfähigkeit einer Regierung, desto wahrscheinlicher ist eine Verringerung des Reformbedarfs, da davon auszugehen ist, dass ihr Handeln die politische, ökonomische und soziale Lage mittel- bis langfristig verbessert wird.

Die Sustainable Governance Indicators – Belastbare Aussagen zur Zukunftsfähigkeit der 30 OECD-Staaten

Fundiert und qualitätsgesichert, geht der Geltungsbereich der SGI weit über bereits existierende Indizes hinaus: Während sich in den SGI der Reformbedarf in den Dimensionen Demokratiequalität und Leistungsniveau manifestiert, werden bei der Fähigkeit zur Reform im Wesentlichen die Strategiefähigkeit einer Regierung und die gesellschaftliche Teilhabe beurteilt. Jeder dieser Kategorien wiederum liegt eine Vielzahl von Einzelinformationen zugrunde, die alle auf der SGI-Website www.sgi-network.org öffentlich zugänglich sind.

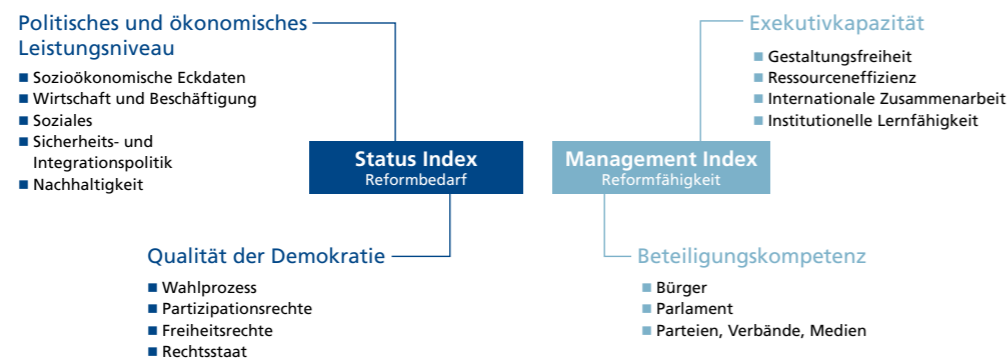


Reformbedarf und -kapazität in zwei Indizes

Reformbedarf einerseits und Reformfähigkeit andererseits – das sind die beiden Aspekte, die in den Sustainable Governance Indicators (SGI) der Bertelsmann Stiftung abgebildet werden. Der Reformbedarf eines Landes wird im **Status Index** zusammengefasst, die Reformfähigkeit seiner Regierung im **Management Index**. Damit adaptieren die SGI das bewährte Schema des Transformation Index der Bertelsmann Stiftung (BTI), der seit 2003 125 Transformationsländer hinsichtlich ihrer Fortschritte in Demokratie und Marktwirtschaft vergleicht. Anders als dort wird für die 30 entwickelten OECD-Staaten aber nicht das Vorhandensein, sondern die Qualität von Demokratie und wirtschaftlicher und sozialer Leistungsfähigkeit beurteilt.

Volle Transparenz: Daten frei zugänglich auf www.sgi-network.org

Die Grafik zeigt nur einen Überblick über die wichtigsten Kategorien von 149 quantitativen und qualitativen Einzelaspekten, deren ultimative Verdichtung schließlich in den Status bzw. Management Index mündet (vgl. auch die Übersicht über die Index-Ergebnisse auf S. 18). Sämtliche Einzelaspekte wurden im Erhebungszeitraum von Januar 2005 bis März 2007 für jedes der untersuchten Länder detailliert beurteilt und auf einer Skala von 1 bis 10 verortet, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Alle Indikatoren fließen – einem einfachen Gewichtungsschema folgend – in die jeweils nächst höhere Ebene ein. Länder mit ähnlichen Gesamtwerten im Status- oder Management Index können also durchaus unterschiedliche Stärken- und Schwächen-Profile aufweisen. Der damit kurz skizzierten Komplexität der SGI wird eine Website (www.sgi-network.org) von hoher Interaktivität gerecht, die der Öffentlichkeit frei zugänglich ist, und die Nutzern einen bedarfsgerechten und einfachen Zugriff auf alle relevanten Informationen in jeder Tiefe erlaubt.



Reformbedarf: Demokratiequalität und Leistungsniveau

Bei der Untersuchung des Reformbedarfs werden zwei grundsätzliche Dimensionen analysiert: Basis dafür ist die Überzeugung, dass die **Qualität einer Demokratie** langfristig dazu beiträgt, ein hohes politisches, wirtschaftliches und soziales **Leistungsniveau** zu gewährleisten. Die erste Dimension des Status Index bildet deshalb die Qualität der Demokratie ab, indem sie Kategorien wie „Wahlverfahren“, „Informationszugang“, „Bürgerrechte“ und „Rechtsstaatlichkeit“ misst. Die zweite Dimension hingegen widmet sich der politischen, ökonomischen und sozialen Leistungsfähigkeit und betrachtet – neben sozioökonomischen Basisdaten – das Leistungsniveau in den Bereichen „Wirtschaft und Beschäftigung“, „Soziales“, „Sicherheit und Integrationspolitik“ sowie „Nachhaltigkeit“. Diesen vier Oberbereichen liegen 13 Politikfelder zugrunde, die mit jeweils unterschiedlich vielen Indikatoren erfasst werden.

Reformkapazität: Strategiefähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe

Auch der Management Index fußt bei der Analyse der Reformfähigkeit auf zwei Dimensionen: Zum einen bemisst die **Exekutivkapazität** die Strategiefähigkeit nationaler Regierungen in vier zentralen Kategorien, zum anderen bewertet **Beteiligungskompetenz**, inwieweit Akteure außerhalb der eigentlichen Exekutive, also z.B. Parlament, Parteien und Verbände durch ihre spezifischen Kontroll-, Informations- und Verständigungsleistungen einen Beitrag zur Reformfähigkeit eines Landes leisten (können).

Geltungsbereich der SGI geht über bisherige Indizes weit hinaus

In zweierlei Hinsicht gehen die SGI mit diesem Ansatz weiter als bestehende internationale Rankings:

- Die Reformfähigkeit der OECD-Staaten, eine der beiden Säulen der SGI, wird von bisherigen Indizes kaum berücksichtigt, und
- der Reformbedarf wird in den SGI keineswegs nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, sondern schließt Themen wie Bildung, Umwelt, soziale Angelegenheiten und Sicherheit ein.

*100 Experten,
149 Indikatoren,
über 3500 Seiten Text*

Fundiert und qualitätsgesichert

Damit ermöglichen die SGI erstmals fundierte Aussagen zur Zukunftsfähigkeit der 30 Mitgliedsstaaten der OECD. Hinter ihnen stehen rund dreieinhalbtausend Seiten kollektiver Expertise von rund 100 renommierten Wissenschaftlern rund um den Globus. Durch das SGI-Board, einen Beirat anerkannter Wissenschaftler und Praktiker, werden die SGI-Ergebnisse auditiert und nochmals qualitativ abgesichert.

Auch im Zeitalter der Globalisierung: Nationales Regieren macht einen Unterschied

Die Ergebnisse der SGI zeigen erhebliche Unterschiede zwischen den Staaten der OECD. Grundsätzlich besteht ein starker Zusammenhang zwischen dem Leistungsniveau eines Landes und seiner Fähigkeit, Reformen ins Werk zu setzen. Skandinavien und Neuseeland führen die SGI im OECD-weiten Vergleich unter beiden Gesichtspunkten an. Gleichzeitig gibt es aber auch Staaten, deren Fähigkeit zur Erneuerung hinter die bei ihnen ausgeprägte Notwendigkeit des Wandels zurückfällt.



Erhebliche Unterschiede zwischen den Staaten der OECD

Die umfassenden quantitativen und qualitativen Informationen der SGI dokumentieren, dass zwischen den 30 OECD-Staaten hinsichtlich ihres jeweiligen Reformbedarfs und ihrer Reformfähigkeit erhebliche Unterschiede bestehen. Gleichzeitig legen sie Schlüsse nahe, warum manche Staaten reformfähiger sind als andere und zeigen so, dass Regierungen ihren Handlungsspielraum besser ausschöpfen könnten, wenn sie sich an bereits erprobten Praktiken orientierten.

Starke Korrelation zwischen Status und Management Index

Zwischen den beiden Säulen der SGI – dem Status Index und dem Management Index – besteht ein klarer Zusammenhang: Staaten mit einer besser ausgeprägten Reformfähigkeit weisen in zukunftsrelevanten Politikfeldern einen geringeren Reformbedarf auf. Umgekehrt gilt: Dort, wo Regierungen Defizite bei ihrer Managementleistung haben, erzielt die Politik in der Regel auch schlechtere Ergebnisse.

Skandinavien und Neuseeland an der Spitze

Besonders erfolgreich in allen Bereichen der SGI sind die skandinavischen Staaten und Neuseeland (siehe dazu die grafische Darstellung der Index-Ergebnisse auf S. 18). Deren insgesamt gute Werte in Demokratiequalität, politischer und ökonomischer Leistungsfähigkeit, exekutiver Steuerungsfähigkeit und gesellschaftlicher Beteiligungskompetenz dokumentieren ein hohes Maß an Zukunftsfähigkeit. Andere Staaten wie Polen, Griechenland, Italien, Mexiko und die Türkei haben dagegen mitunter erheblichen Nachholbedarf sowohl hinsichtlich der Ergebnisse ihrer Politik als auch mit Blick auf das politische Management ihrer Regierungen.

Diskrepanzen zwischen Reformbedarf und -fähigkeit

Allerdings zeigen sich bei der jeweiligen Platzierung in den beiden Indizes mitunter auch Abweichungen: Während z. B. Belgien, Deutschland, Frankreich, Schweiz und Tschechien im Management Index deutlich schlechter platziert sind als im Status Index, ergibt sich für die Staaten Mexiko, Slowakei, Südkorea und Ungarn ein genau umgekehrtes Bild. Erst im Zeitverlauf, im Zuge weiterer Erhebungen der SGI, wird sich zeigen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Je höher die Reformfähigkeit, desto größer die soziale Gerechtigkeit

Zu interessanten Erkenntnissen führt auch die Beziehung zwischen dem Niveau sozialer Gerechtigkeit und den Kennziffern, die die politische Steuerungsfähigkeit und die Beteiligungskompetenz abbilden: Je höher der Management Index, desto ausgeprägter ist in der Regel auch die soziale Gerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft – das gilt besonders für die fünf nordischen Länder. Anders die angelsächsisch geprägten Staaten: Während sich Großbritannien, die USA, Australien und Irland zwar in der oberen Hälfte der **Management**-Rangfolge befinden, rangieren sie nur im unteren Drittel, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht. Eine plausible Erklärung dafür ist, dass die Reformfähigkeit in diesen Ländern sich eher auf die Sicherung freier Märkte und hohen Wirtschaftswachstums richtet als auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

Hohe Demokratiequalität mit positiven Effekten auf soziale Gerechtigkeit

Während der wirtschaftliche Status das Niveau sozialer Gerechtigkeit keineswegs allein bestimmt, wie ein Vergleich zwischen Schweden und den USA besonders deutlich macht, hat die Qualität der Demokratie innerhalb eines Landes einen eindeutig positiven Effekt auf das Ausmaß sozialer Gerechtigkeit. Etablierte Freiheitsrechte, politische Mitwirkung und eine funktionierende Herrschaftskontrolle tragen offensichtlich zu einer gerechteren Verteilung der individuellen Verwirklichungschancen bei. So ist anzunehmen, dass erst die volle Demokratisierung z. B. der Türkei und Mexikos deren Gesellschaften auch mehr soziale Gerechtigkeit bringen wird.

Lernen von Erfolgsbeispielen – Welche Chancen eröffnen die SGI politischen Akteuren in der OECD?

Bei der Suche nach Erfolgsrezepten zeigen die SGI Wege zu nachhaltigem Regieren auf: Unter anderem erscheinen Selbstbeobachtung und institutionelle Lernfähigkeit von Regierungen ebenso wie der Grad und die Organisation der Teilhabe politischer und gesellschaftlicher Akteure außerhalb der Exekutive entscheidend.

Selbstbeobachtung und Lernfähigkeit als Pluspunkte

Betrachtet man die strategische Steuerungsfähigkeit von Regierungen, so fällt auf, dass die Staaten, die in beiden Indizes gut abschneiden, bestimmte Parallelen in ihrer Regierungsführung aufweisen: Dazu zählt insbesondere der Aspekt der institutionellen Lernfähigkeit und Selbstbeobachtung – Regierungen, die ihre eigenen institutionellen Strukturen und internen Abläufe regelmäßig überprüfen und an neue Rahmenbedingungen anpassen, sind eher in der Lage, strategisch zu handeln und Reformen wirkungsvoll umzusetzen. Umgekehrt neigen vor allem jene Länder zu einem niedrigeren Leistungsniveau, die nicht versuchen, ihre Steuerungsfähigkeit durch Veränderungen der institutionellen Gegebenheiten zu verbessern.

Teilhabe gesellschaftlicher Akteure entscheidend

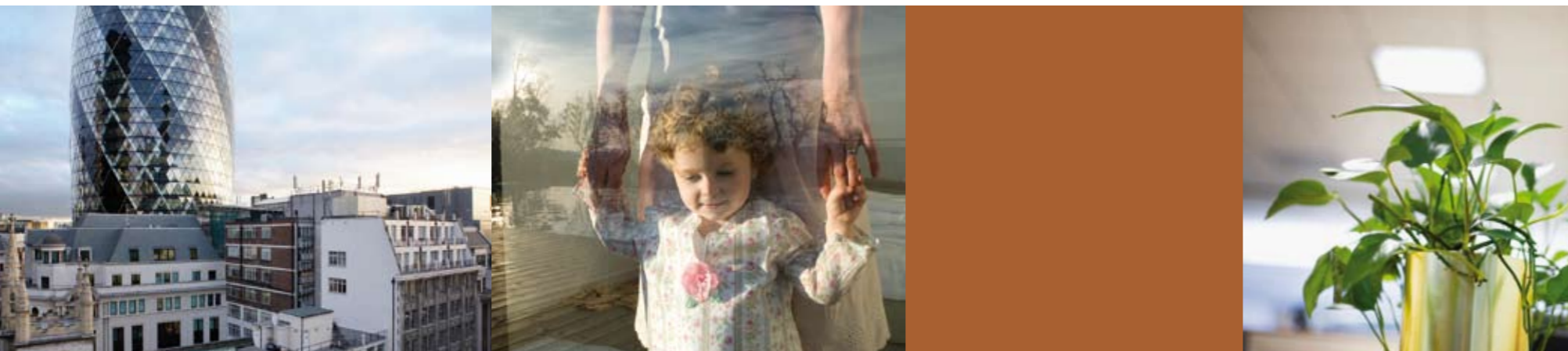
Die Einbindung politischer und gesellschaftlicher Akteure außerhalb der Exekutive ist ein weiterer entscheidender Faktor für erfolgreiches politisches Management. Eine aktive Einbeziehung von Parlamenten, Parteien, Bürgern und intermediären Organisationen verbreitert in der Tat die Wissensbasis und die normativen Grundlagen für konkretes Regierungshandeln und trägt so zu einer Steigerung des sozio-ökonomischen Leistungsniveaus eines Staates bei.

SGI stellen Grundfrage der Philosophie auf empirische Basis

OECD-Staaten mit höherer Qualität der Demokratie erzielen in der Regel bessere Politikergebnisse. Zwar sind alle 30 OECD-Staaten Demokratien, doch gibt es zwischen ihnen graduelle Unterschiede, die ins Gewicht fallen. Und: Diejenigen Länder mit der höchsten Demokratiequalität sind besser in der Lage, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Gerade an dieser Frage wird das Potenzial der SGI und des in ihnen zusammengeflochtenen Datenmaterials für aktuelle politische Debatten und weiterführende Untersuchungen sichtbar: Eine der ältesten Grundfragen der Philosophie, zugleich von erheblicher aktueller Brisanz in der politischen Debatte, wird hier auf eine empirische Basis gestellt. Die SGI zeigen, dass weniger wirtschaftliches Wachstum als vielmehr eine hohe Reformfähigkeit von Regierungen im Sinne von „good governance“ sowie insbesondere die Qualität der jeweiligen demokratischen Ordnung ausschlaggebend für das jeweils erreichte Maß an sozialer Gerechtigkeit sind. Gerechte Gesellschaften erlauben effektive Reformen ebenso, wie diese wiederum zur Gerechtigkeit beitragen. Eine solche Spirale in Gang zu setzen, scheint eines der Geheimnisse langfristiger Politikerfolge zu sein.

Zukunftsfähigkeit durch Regierungshandeln beeinflussbar

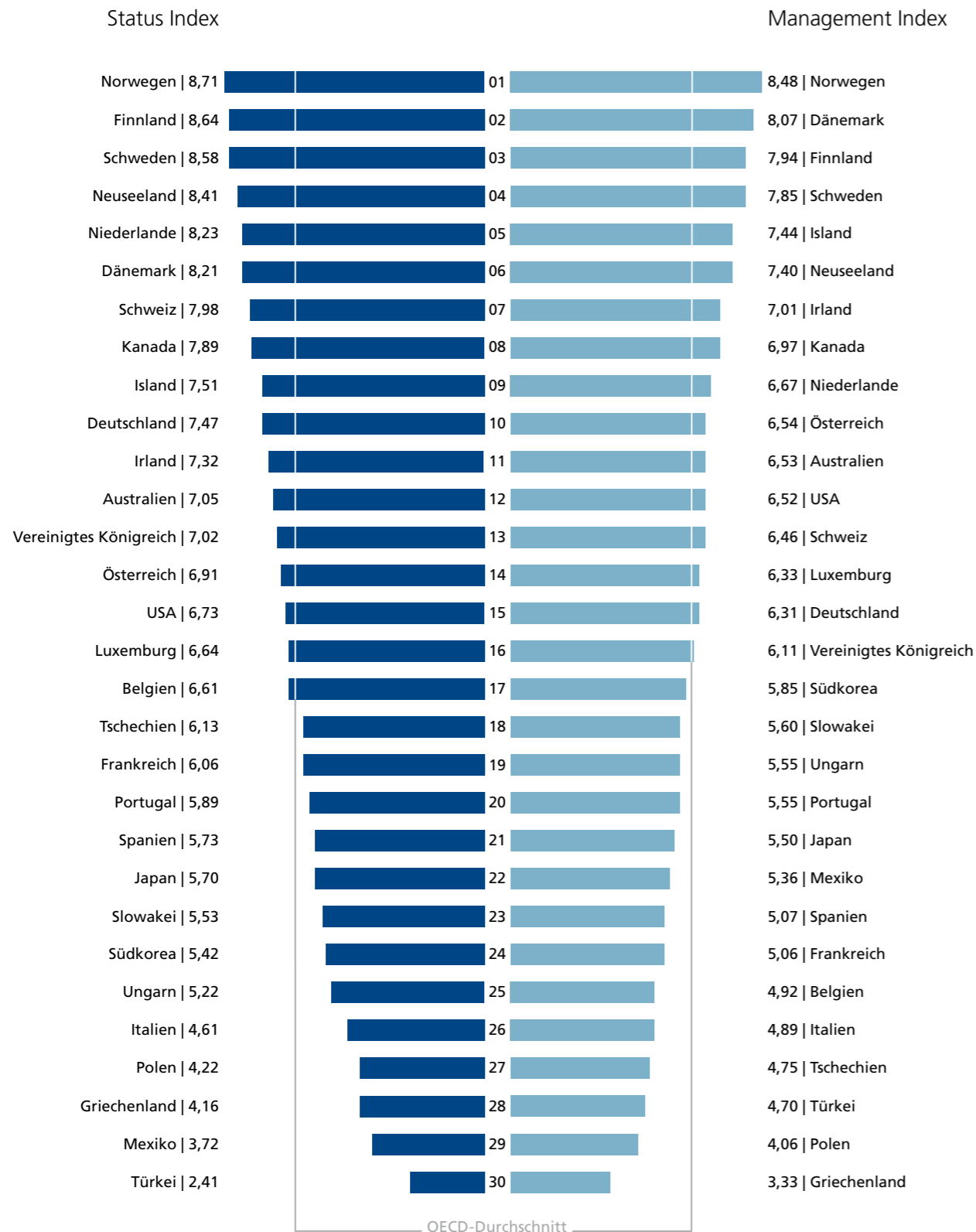
Die Erkenntnis, dass die Zukunftsfähigkeit der OECD-Staaten von wesentlichen strukturellen Bedingungen abhängt, die durch Regierungshandeln beeinflussbar sind, stimmt optimistisch. In einem Umfeld globaler Verflechtung und unter dem Druck sich zunehmend klassischen Ressortgrenzen entziehender Herausforderungen sind die OECD-Staaten gut beraten, den Blick auch auf ihre eigene Strategie- und Steuerungsfähigkeit zu richten. Dies bezieht sich jedoch nicht nur auf die Regierungszentralen, sondern gerade auch auf eine möglichst wirksame Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure: Nur mit Hilfe breiter gesellschaftlicher Teilhabe wird eine wissenschaftsbasierte und zudem in den jeweiligen Gesellschaften normativ vertretbare Grundlage für wirksames Regierungshandeln und erfolgreiche Reformanstrengungen gelegt.



„Nicht primär Wirtschaftswachstum, sondern gutes Regieren innerhalb einer guten demokratischen Ordnung fördert die soziale Gerechtigkeit in der OECD-Welt.“

Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Autor einer SGI-Spezialstudie zur sozialen Gerechtigkeit in der OECD

Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick



Weiterführende Informationen

Das Buch „Sustainable Governance Indicators 2009 – Policy Performance and Executive Capacity in the OECD“ umfasst die wichtigsten Ergebnisse der SGI 2009, eine Darstellung der Methodik sowie ausgewählte Spezialstudien, u.a. zur sozialen Gerechtigkeit in der OECD.

Die Website macht alle relevanten Informationen der SGI frei zugänglich. Dank ihrer hohen Interaktivität wird Nutzern ein bedarfsgerechter und einfacher Zugriff in jeder Informationstiefe ermöglicht.

www.sgi-network.org



Das SGI-Board

Dem Beirat der Sustainable Governance Indicators gehören renommierte Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft an, darunter:

- Dr. Martin Brusic** (Universität München)
- Prof. Dr. Aurel Croissant** (Universität Heidelberg)
- Dr. Klaus Gretschmann** (Rat der Europäischen Union, Brüssel)
- Dr. Martin Hüfner** (HF Economics Ltd., Krailling)
- Prof. Dr. András Inotai** (Institut für Weltwirtschaft der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest)
- Prof. Dr. Detlef Jahn** (Universität Greifswald)
- Prof. Dr. Werner Jann** (Universität Potsdam)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Dieter Klingemann** (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)
- Prof. Dr. Rolf J. Langhammer** (Institut für Weltwirtschaft, Universität Kiel)
- Prof. Dr. Wolfgang Merkel** (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Puhle** (Universität Frankfurt am Main)
- Prof. Dr. Friedbert W. Rüb** (Universität Hamburg)
- Prof. Dr. Ulrich van Suntum** (Universität Münster)
- Prof. Dr. Uwe Wagschal** (Universität Heidelberg)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld** (Universität München)
- Prof. em. Dr. Helmut Wiesenathal** (Humboldt Universität Berlin).

Regionalkoordinatoren und beigeordnete Board-Mitglieder:

- Dr. Frank Bönker** (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder)
- Prof. Dr. Cesar Colino** (UNED – Universidad Nacional de Educación a Distancia, Madrid)
- Prof. Dr. Aurel Croissant** (Universität Heidelberg)
- Prof. Dr. Detlef Jahn** (Universität Greifswald)
- Prof. Dr. Martin Große Hüttmann** (Universität Tübingen)
- Dr. Kai-Uwe Schnapp** (Universität Hamburg)
- Prof. Dr. Martin Thunert** (Universität Frankfurt am Main)

Menschen bewegen, Zukunft gestalten: Die Bertelsmann Stiftung

Die Bertelsmann Stiftung versteht sich als Denkfabrik und Förderin des gesellschaftlichen Wandels. Sie unterstützt das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft, indem sie gemeinsam mit Partnern aus allen gesellschaftlichen Bereichen frühzeitig Herausforderungen und Probleme unseres Gemeinwohls identifiziert sowie exemplarische Lösungsmodelle entwickelt und umsetzt.

Ansprechpartner:

Dr. Stefan Empter, +49 52 41 81 81 137
stefan.empter@bertelsmann.de

Dr. Leonard Novy, +49 52 41 81 81 536
leonard.novy@bertelsmann.de

Andrea Kuhn, +49 52 41 81 81 576
andrea.kuhn@bertelsmann.de

Daniel Schraad-Tischler, +49 52 41 81 81 240
daniel.schraad-tischler@bertelsmann.de

www.sgi-network.org

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Tel.: +49 52 41 81-0
Fax: +49 52 41 81-81999

www.bertelsmann-stiftung.de